



Hauptausschuss

55. Sitzung (öffentlich)

25. September 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:15 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung

7

Der Ausschuss verständigt sich - in Abwesenheit der Fraktion der FDP - darauf, den **TOP 7**

Scientology - Beobachten, aufklären, informieren!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5567

heute nicht zu behandeln, sondern stattdessen in der nächsten Sitzung einen gemeinsamen Antrag zu verabschieden und den o. g. Antrag für erledigt zu erklären.

Ferner kommt der Ausschuss - in Abwesenheit der FDP-Fraktion - überein, den **TOP 8**

Verbot des Vereins „Heimattreue Deutsche Jugend“ beim Bundesinnenminister vorantreiben

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7355

angesichts neuer Entwicklungen heute ebenfalls nicht zu behandeln.

1	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)	8
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/7000 - Einzelberatung der Haushaltsansätze -	
	Einzelplan 01 - Landtag	8
	Ergänzende Erläuterungen Änderungsantrag der Fraktion der CDU der Fraktion der SPD der Fraktion der FDP der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/7400	
	Einzelplan 02 - Ministerpräsident	9
	Vorlagen 14/1966, 14/2024 und 14/2088	
	Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen	10
	Kapitel 02 030 - Europa- und internationale Angelegenheiten	11
	Kapitel 02 100 - Vertretung des Landes beim Bund	12
	Kapitel 02 110 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union	15
	Kapitel 02 200 - Medien und Telekommunikation	15
	Einzelplan 15, Kapitel 15 081 - Landeszentrale für Politische Bildung	17
	Vorlage 14/2056	

2 Föderalismuskommission II für eine zukunftsfähige Gestaltung der Finanzsysteme nutzen 21

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/4338

APr 14/603 (Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss)

- abschließende Beratung und Abstimmung
(Bestätigung des Votums des HFA, Vorlage 14/2062)

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion abgelehnt.

3 Parlamentsinformationsrechte 27
(TOP beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 9. September 2008)

Der Ausschuss wird das Thema nach Vorliegen der Papiere wieder aufgreifen.

4 Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Berlin, Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein (kurz: Vertragsländer) über die Nordwestdeutsche Klassenlotterie (kurz: NKL) 29

Gesetzentwurf
der Landesregierung und

Antrag

der Landesregierung

auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag

gemäß Art. 66 S. 2 der Landesverfassung

Drucksache 14/7434

- abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung)

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Beratung in der Sitzung am 30. Oktober fortzusetzen. Die SPD-Fraktion will ihre Fragen schriftlich bei der Landesregierung einreichen. Staatssekretär Karsten Beneke sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

- 5 Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten des Landes Baden-Württemberg zum Versorgungswerk der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen** 30

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Art. 66 S. 2 der Landesverfassung
Drucksache 14/7393

- abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung)

Der Ausschuss billigt den Staatsvertrag einstimmig.

- 6 Elfter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Elfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)** 31

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Art. 66 S. 2 der Landesverfassung
Drucksache 14/7305

Der Ausschuss billigt den Staatsvertrag einstimmig.

- 7 Scientology - Beobachten, aufklären, informieren!** 32

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5567

- 8 Verbot des Vereins „Heimattreue Deutsche Jugend“ beim Bundesinnenminister vorantreiben** 33

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7355

- 9 Verschiedenes** 34

- a) Bedarfssitzung des Ausschusses am 16. Oktober 2008** 34

Hauptausschuss

25.09.2008

55. Sitzung (öffentlich)

nie

b) Sitzung des Ausschusses am 30. Oktober 2008	34
c) Haushaltsberatungen	34
d) Einladung der Vorsitzenden der KEK, Prof. Dr. Insa Sjurts	34
e) Anhörung zu dem Antrag „Optimierung der Gesetzgebung“	34
Der Ausschuss erklärt sich einverstanden, diese Anhörung am 5. Februar 2008 durchzuführen.	
f) Einladung der EU-Kommission	34

* * *

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

- Einzelberatung der Haushaltsansätze -

Einzelplan 01 - Landtag

Ergänzende Erläuterungen (*an die Mitglieder des Hauptausschusses verteilt*)

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7400

Der **Direktor beim Landtag, Peter Jeromin**, bezieht sich auf seine Ausführungen in der letzten Sitzung, spricht: die Ankündigung, zwei Stellen aus dem Stammhaushalt in die **Titelgruppe 70 für Europa- und Föderalismusangelegenheiten** zu verlagern und nach A 15 auszuweisen, um damit einen Nachholbedarf im Rahmen der Dienstleistung für die Abgeordneten zu befriedigen, und zwar in zwei Bereichen: einmal im inhaltlich-systematischen Zuarbeiten von Papieren - Stichwort: Parlamentsinformativrechte, also Zusammenarbeit mit der Landesregierung -, zweitens betreffend den Komplex „europapolitische Veranstaltungen, Begegnungen, Kontakte“, um Europa dadurch stärker in der Öffentlichkeit erfahrbar zu machen.

Details blieben noch einer Diskussion in den Gremien vorbehalten, darunter die Frage, wie es gelingen könne, eine Verankerung des Landtags in Brüssel zu schaffen. Derzeit berate die Landtagsverwaltung über verschiedene Modelle. Vor einer endgültigen Entscheidung werde der Hauptausschuss informiert.

Wolfram Kuschke (SPD) begrüßt diese Initiative, mit der die Landtagsverwaltung in verschiedenen Gremien in diese Richtung geführte Beratungen aufgreife. Er wäre einverstanden, den Einzelplan 01 ohne eine differenzierte Festlegung in dem eben angesprochenen Punkt einvernehmlich zu verabschieden, nur lege seine Fraktion Wert darauf, vor Einleitung der praktischen Umsetzungsschritte - Stellenausschreibungen etc. - noch einmal in eine diesbezügliche Debatte einzutreten.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) schließt sich dem Bestreben nach einvernehmlicher Verabschiedung des Einzelplans 01 an.

Ihre Fraktion erachte den sich in dem gerade geschilderten Ansatz widerspiegelnden Gedanken für außerordentlich wichtig. Sie verweise insofern auf die Vorgehensweise des Deutschen Bundestages, der durch Verhandlungen mit der Bundesregierung ei-

ne Verortung auch der Fraktionen in Brüssel erreicht habe, was es denen überhaupt erst ermögliche, eine proaktive Haltung einzunehmen.

Die Teilnahme des Landtags vorletztes Jahr an einem Testlauf im Rahmen des Subsidiaritätsverfahrens habe gezeigt, dass es, wolle man sich als Parlament nicht ausschließlich davon, wie die Landesregierung den jeweiligen Sachverhalt beurteile, abhängig machen, einer Präsenz des Landtags vor Ort in Brüssel bedürfe - in welcher Form auch immer.

Festhalten wolle sie außerdem, dass noch Gespräche, u. a. in der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe, darüber liefen, als Landtag eine **Institution in Israel** zu **fördern**. Entschiede sich der Landtag dafür und täte er dies anstelle der Staatskanzlei, müsste auch dies in den Einzelplan 01 Eingang finden.

Ilka von Boeselager (CDU) plädiert dafür, in Bezug auf die **Stellenausschreibungen** betreffend **Titelgruppe 70** im Vorfeld genau zu definieren, was die jeweiligen Positionen beinhalteten.

Wolfram Kuschke (SPD) merkt an, mit der Behandlung des Themas „**Förderung einer Institution in Israel**“ in der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe sei noch keine Festlegung hinsichtlich der Positionierung eines solchen Vorhabens im Haushalt getroffen.

Vorsitzender Werner Jostmeier merkt an, auf der Grundlage eines Beschlusses des Ausschusses der Regionen am 9. September nähmen an einem weiteren Testlauf im Rahmen der Subsidiaritätskontrolle jetzt 96 Interessierte teil, darunter der Landtag von Baden-Württemberg und die niedersächsische Landesregierung.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

Vorlagen 14/1966, 14/2024 und 14/2088

Sachhaushalt

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke**, greift den Komplex „**globale Minderausgabe**“ - s. S. 3 u. 4 der Vorlage 14/2088 - auf. Durch die Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe erst im Zuge der Haushaltsbewirtschaftung während des gesamten Jahres 2009 und die Unmöglichkeit, schon bei Haushaltsaufstellung Kürzungen an einzelnen Positionen vorzunehmen, werde dem Haushaltsgesetzgeber in der Phase der Planung sicherlich ein Stück Detailkontrolle genommen. Die Tabelle auf S. 4 zeige aber, dass die für 2009 beantragte globale Minderausgabe in ihrer absoluten Höhe zwar die der Vorjahre übersteige, aber dennoch nicht aus dem Rahmen falle, betrachte man insbesondere die Angaben zu „Prozent des Gesamtansatzes“ und vergleiche beides mit den Zahlen der Jahre vor 2005.

Nach Auffassung der CDU-Fraktion liefert der **Haushaltsentwurf**, so **Ilka von Boeselager**, ein gutes Beispiel für einen weiteren Konsolidierungsbeitrag. Rechne man den Kulturetat heraus, ergäben sich Einsparungen bei gleichzeitig klarer Akzentuierung einzelner Schwerpunkte wie „Europa“ und „Israel“.

Für die Opposition müsste es - überspitzt formuliert - ein kleines bisschen elendig sein, sehe sie sich doch einem Entwurf gegenüber, der kaum eine Angriffsfläche biete.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) betont, natürlich bewerte ihre Fraktion den Entwurf anders. Die Landesregierung schreibe das in den letzten Jahren Begonnene fort: eine sehr starke Fokussierung auf das Image und die Vermarktung des Images des Ministerpräsidenten, was sich von den wissenschaftlichen Zukunftskommissionen bis zu den Preisverleihungen - viele Preise seien erst, wenn auch mit relativ kleinen Summen, unter der neuen Landesregierung ins Leben gerufen worden - ziehe.

Was die globale Minderausgabe anbelange, dürfe nicht außer Acht bleiben, dass die in dem einen oder anderen Jahr unter rot-grüner Regierungsverantwortung höhere globale Minderausgabe mit den damals zu verzeichnen gewesenen Steuermindererinnahmen zusammengehangen habe, während heute Steuermehreinnahmen flössen.

Carina Gödecke (SPD) schließt sich in Bezug auf die generelle Bewertung ihrer Vordrönerin an.

Regieren wolle sie aber auf die hier verwandte Begrifflichkeit „elendig“: die Opposition, so Ilka von Boeselager, müsste „elendig“ sein, stellte sie überhaupt Fragen zum Haushalt. - Sie erinnere die Sprecherin der CDU-Fraktion daran, dass es das vorrangige und das verbrieftete Recht nicht nur der Opposition, sondern des Parlamentes, des Landesgesetzgebers insgesamt und von daher auch der regierungstragenden Fraktionen sei, mit dem Haushaltsplan über die finanziellen Rahmenbedingungen zu entscheiden. Von daher ärgere sie sich sehr über diese völlig deplatzierte und unnötige Äußerung von Frau von Boeselager, die zudem deren Parlamentsverständnis offenbare. Die SPD-Fraktion sei nicht bereit, Derartiges hinzunehmen. Im Unterschied zu den regierungstragenden Fraktionen komme sie ihrer dem Parlament durch die Verfassung zugewiesenen Kontrollfunktion gegenüber der Landesregierung nach.

Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen

Carina Gödecke (SPD) bezieht sich bei ihren Redebeiträgen auf die schriftliche Beantwortung der eingereichten Fragen durch die Staatskanzlei.

Die Abgeordnete vermutet, dass die Übersicht zu dem Komplex „**Preise, Orden, Auszeichnungen**“ - s. S. 3 der Vorlage 14/2088 - lediglich die „Materialkosten“ ausweise, nicht aber die zusätzlich für Veranstaltungen entstehenden Kosten, die sie gerne wüsste. - Die Auflistung enthalte auch nicht die nicht unbedingt geringen Per-

sonalkosten für Vor- und Nachbereitung und Durchführung der Veranstaltungen, fügt **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** hinzu.

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke**, bestätigt die Annahme seiner Vorrednerinnen. So beziffere die Tabelle beispielsweise für den Staatspreis nur den Geldpreis nebst Urkunde und Nebenkosten. Weitere Kosten fließen in den Titel „Veranstaltungen“ ein. Er werde sich um ein Matching bemühen, um den Abgeordneten einen umfassenderen Einblick zu bieten. Allerdings entziehe sich ein Teil der Kosten, nämlich der der Gemeinkosten, einer Aufteilung, denn die Mitarbeiter/innen der Staatskanzlei buchten ihre jeweiligen Tätigkeiten nicht auf bestimmte Kostenträger.

Kapitel 02 030 - Europa- und internationale Angelegenheiten

Wolfram Kuschke (SPD) wendet sich der Nummer 3 auf S. 6 der Vorlage 14/2088 zu - Stichwort: „weitere Zusammenarbeit im ‚**Weimarer Dreieck**‘“. Er wünsche, zeitnah Informationen über Fortschritte bei der Aushandlung neuer Fördermittel im Zuge von INTERREG IV zur Fortführung des seines Erachtens von allen Fraktionen begrüßten Projekts an den Ausschuss weiterzuleiten.

Bezüglich der Unterstützung des „**Amerika-Hauses**“ - s. S. 7 der Vorlage 14/2088 - bitte er, noch einmal den Mehrwert für Nordrhein-Westfalen aus solch einer Einrichtung darzulegen und ob es einer Unterstützung in der vorgesehenen Größenordnung tatsächlich bedürfe.

Mit Blick auf das „**Internationale Konzept**“ - s. S. 5 der Vorlage 14/2088 - bringt der Abgeordnete nochmals den Gedanken einer Kooperation mit einer türkischen Region ein, die die Landesregierung wohl nicht beabsichtige, da sie nur von einer Überprüfung des bisherigen Konzeptes und dessen Bewährung spreche.

Und als Schwerpunkte nur die Fortsetzung des Frankreich-Nordrhein-Westfalen-Jahres 2008/2009 und die Intensivierung des Jugend- und Schüleraustausches mit Israel zu nennen, erscheine ihm vor dem Hintergrund der Zeitachse 2008 bis 2010 ein wenig dünn.

Markus Töns (SPD) möchte mehr über eine von der Landesregierung angeblich für 2009 geplante **Benelux-Konferenz** erfahren.

Eine **solche Konferenz** befindet sich nach Aussagen des **Ministers für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid**, nicht in Planung. Die Erhöhung der Mittel resultiere lediglich aus der nordrhein-westfälischen Beteiligung an der Kooperation in Einzelprojekten.

Einigkeit herrsche sicherlich zwischen Landesregierung und Opposition über die politische Bedeutung des „**Weimarer Dreiecks**“. Eine zügige Unterrichtung des Ausschusses über das Schicksal der von Nordrhein-Westfalen mit Nachdruck eingereichten Anträge auf Fördermittel aus INTERREG IV sage er zu.

Angesichts des von Bayern für das dortige „**Amerika-Haus**“ gewährten Zuschusses von mehr als 600.000 € mache Nordrhein-Westfalen mit den in Ansatz gebrachten 200.000 € den Versuch, einer sich im Aufbau befindenden, von sehr großem bürgerschaftlichen Engagement getragenen Institution über eine gewisse Zeit zu helfen. Die vor Kurzem veröffentlichten Programme für die nächsten Monate schienen ihm sowohl hinsichtlich der politischen als auch der kulturellen Veranstaltungen beachtlich. Die Landesregierung habe bei den Verantwortlichen vor Ort keinen Zweifel an ihrer Erwartung gelassen, dass sich die Aktivitäten über ganz Nordrhein-Westfalen erstrecken müssten. Zurzeit liefen Gespräche mit Kooperationspartnern in Düsseldorf, Münster, Dortmund usw.

Zum „**Internationalen Konzept**“: Die Landesregierung habe in der Tat die grundsätzliche Ausrichtung bestätigt, was die Länderschwerpunkte angehe, allerdings diese aufgeteilt in zwei Kategorien: in die offiziellen Regionalpartnerschaften des Landes und die auf der Fachebene vielfach existierenden Kooperationen der Ministerien mit Ländern, die nicht zwingend zur ersten Kategorie des Konzepts der Landesregierung gehörten, mit denen aber Kooperationen gleichwohl für das jeweilige Ministerium sinnvoll seien.

Dazu zähle etwa die Zusammenarbeit des NRW-Wirtschaftsministeriums im Bereich Energie/Kohle mit einer Region in Australien. Diese habe man zwar nicht zum Anlass genommen, Australien zu einem Schwerpunktland der Kooperation zu machen, aber es bestehe die Möglichkeit, auf Ebene der Häuser ein fachliches Zusammenwirken zu vereinbaren. Ferner halte sich die Justizministerin gerade in China auf, um sich für eine vertiefte Zusammenarbeit einzusetzen. Und es bestehe Einvernehmen über die immer stärker wachsende Bedeutung der Schwellenländer wie Indien auch für die nordrhein-westfälische Sicht der globalisierten Welt. So reise der Ministerpräsident in den nächsten Wochen nach Brasilien, ohne dass Brasilien ein Kategorie-1-Land des Konzeptes wäre.

Das heiße: Das Konzept werde durch sämtliche Häuser der Landesregierung gelebt und vorangetrieben.

Sehr intensiv geprüft habe man bekanntlich die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der **Türkei**, die letztlich gescheitert sei an der innerstaatlichen Struktur der einzelnen Verwaltungsbezirke in der Türkei mit Provinzen, die eine völlig andere Position gegenüber dem Zentralstaat innehätten als die Länder in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Bund. Von daher habe die Landesregierung für eine Kooperation mit der Türkei nicht auf einer formal staatlichen, sondern auf einer Projektebene mit einzelnen Institutionen plädiert.

Kapitel 02 100 - Vertretung des Landes beim Bund

Carina Gödecke (SPD) wünscht zu einem späteren Zeitpunkt, allerdings rechtzeitig vor dem Erscheinen der ersten Ausgabe des **Newsletter** Erläuterungen zu dem beabsichtigten Inhalt - s. S. 9 der Vorlage 14/2088, Ziffer 3.

Nichts einzuwenden gebe es gegen die in derselben Ziffer beschriebene Absicht, die neu gestaltete Website zu einer Steigerung der Effektivität der Arbeitsabläufe zu nutzen, u. a. durch die elektronische Abwicklung von Anmeldungen zu Veranstaltungen. Sie, Gödecke, habe in den letzten Jahren - unabhängig von Art und Wertigkeit der jeweiligen Veranstaltung - allgemein einen Anstieg der **Einladungen in elektronischer Form** und gleichzeitig registriert, dass damit eine Art inflationäres Wegclicken solcher Einladungen einhergehe. Richtig angesehen werde nur das, was den Empfänger in Papierform erreiche. Sollte in der Landesvertretung eine Entscheidung zugunsten elektronischer Einladungen gefallen sein, wäre es vernünftig, man dächte darüber noch einmal nach.

In Bezug auf die Erhöhung des Ansatzes für **Veröffentlichungen zur Information der Bürgerinnen und Bürger** um 40.000 € frage es sich, ob diese Steigerung eigentlich ausreiche, die Kosten für die in Ziffer 4 - s. S. 9 der Vorlage 14/2088 - angeführten Vorhaben zu decken und ob es sich um „Einmalkosten“ oder „Betriebskosten“ handele.

Unter Ziffer 5 - s. S. 9 u. 10 der Vorlage 14/2088 - heiße es zu den Aspekten „**Veranstaltungen**“ und „**Sponsoren**“, „im Bewusstsein der Berliner Öffentlichkeit“. Dazu erwarte sie eine Erläuterung.

Große Bedenken löse es bei ihr aus, wenn sie im Weiteren lese, dass die Landesregierung „Nordrhein-Westfalen in Berlin in erster Linie als **Kultur-Marke**“ etablieren wolle. Gebe es dazu einen Kabinettsbeschluss, sei dies mit Ministerin Thoben und Herrn Minister Prof. Dr. Pinkwart abgestimmt? Nach ihrer bisherigen Wahrnehmung bemühe sich die Landesregierung nämlich im Gegensatz dazu ansonsten, bei all ihren Aktivitäten nicht nur einen Schwerpunkt in eine Richtung zu setzen.

Nicht zuletzt interessiere sie, weshalb es bis zur **Veröffentlichung** einer **Sponsorenliste** so lange - bis Anfang 2009 - dauere und ob das Parlament gesondert informiert werde oder auch auf das Internetangebot des Innenministers angewiesen sei.

Zu Ziffer 6 - Erfahrungen mit der **Akquise von Veranstaltungen** - hätte sie sich detailliertere Angaben als „im Kern gute“ erhofft.

Im **Newsletter** wolle die Landesvertretung im Kern über laufende Aktivitäten und Hintergründe informieren, merkt der **Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid**, an. Da er um das hohe und berechtigte Interesse des Parlaments - dieses versuche er auch zu unterstützen -, auch auf dieser Plattform wahrgenommen zu werden, wisse, biete er, da man sich noch in der Konzeptphase befinde, an, die Wünsche und Anregungen der Abgeordneten in die entsprechende Arbeitsgruppe einfließen zu lassen. Auch ihm wäre es recht, enthielte das Endprodukt dann auch Themen des nordrhein-westfälischen Landesparlaments, was der ohnehin mit einem gewissen Tunnelblick agierenden Berliner Politszene nur guttun könne.

Mit der Nutzung des Internets für das **Einladungswesen** habe man sich sehr wohl befasst und dabei festgestellt, dass auch sehr viele auf Papier Eingeladene die Möglichkeit wünschten, sich mit einem Klick an- bzw. abzumelden. Dies reduziere zudem

den Arbeitsanfall aufseiten der Einladenden. Niemand beabsichtige aber, ausschließlich auf elektronische Einladungen umzusteigen, zumal man, gerade wenn es um hochkarätige Veranstaltungen gehe, dadurch rein haptisch und von der optischen Wahrnehmbarkeit her etwas verschenke.

Zu den **Broschüren** für **Besucherguppen** und den **Präsentationstools**: Erfreulicherweise kämen immer mehr Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Verbände mit Besuchergruppen in die Landesvertretung, was eine immer nutzbare Standardpräsentation genauso wie ein Tool erforderlich mache. Es handele sich um eine einmalige Investition. Er hoffe, dass die veranschlagte Summe, basierend auf dem internen Versuch, einen realistischen Kostenansatz zu errechnen, für das Projekt ausreiche.

An wen richte sich die Landesvertretung, wer bilde die „**Berliner Öffentlichkeit**“: Mit dieser Frage beschäftigten sich auch die in der Landesvertretung für Öffentlichkeitsarbeit Verantwortlichen. Die generelle Aufgabenstellung - neben der praktischen Arbeit im Rahmen des Gesetzgebungsräderwerks des Bundesrates - der Landesvertretung laute, Nordrhein-Westfalen, seine Entwicklung, seine aktuellen neuen Ideen, Möglichkeiten und Gesichter vorzuzeigen und sich damit an eine inzwischen sehr breite Berliner Öffentlichkeit zu richten. Das Interesse an diesen Informationen sei gestiegen.

Und da die Landesvertretung nun über Räumlichkeiten verfüge, die es ihr erlaubten, externe Gäste ihre Veranstaltungen in der Landesvertretung durchführen zu lassen, gelinge es zunehmend, auch neue Zielgruppen zu erschließen. Wenn etwa Verbände mit wichtigen Teilnehmern dort tagten, bestehe die Chance, die eigenen Anliegen über diese Kooperationspartner besser zu adressieren.

Die Berliner Öffentlichkeit zeichne sich natürlich durch extreme Heterogenität, extreme Professionalität und eine sehr selektive Wahrnehmung aus. Deshalb komme es ganz stark auf die Außendarstellung an. Aus diesem Grunde versuche man bei jeder Veranstaltung, nicht mit Kanonen auf Spatzen zu schießen, sondern sich bei der Erarbeitung des Einladungsverteilers sehr genau vor Augen zu führen, für welche Zielgruppe das entsprechende Thema große Wichtigkeit besitze.

Ein Missverständnis wäre es, nähme jemand an, die Landesregierung wolle die Außendarstellung auf den Aspekt „**Kultur-Marke**“ reduzieren. Allerdings sehe sich der Bereich Kultur, da in der Staatskanzlei budgetiert, auch in diesem Einzelplan und in der Beschreibung der Veranstaltungen besonders stark vertreten. Natürlich steuerten die anderen Häuser - dies gelte auch für die Vertretung in Brüssel - eigene Veranstaltungen bei.

Die Staatskanzlei habe Daten für die **Sponsorenliste** zugeliefert. Die Veröffentlichung schrecke, wie an der Sponsorenriege des Sommerfestes erkennbar, offenbar auch kaum Sponsoren ab. Seines Wissens solle die diesbezügliche Internetpräsentation des Innenministers zum Jahresende das Licht der Welt erblicken. Ob bei jeder Veranstaltung in Berlin, Brüssel oder anderswo, bei der ein Sponsor auftrete, eine gesonderte Mitteilung an das Parlament gemacht werden könne, daran hege er Zweifel, aber alle Sponsoren würden im Netz veröffentlicht.

Zur **Akquise**: Es bestehe ein hohes Interesse bei Externen an Veranstaltungen in den nordrhein-westfälischen Landesvertretungen, in Brüssel bedingt durch das neue Haus in noch höherem Maße als in Berlin. Er werde versuchen, die Entwicklung schriftlich zu erfassen und den Abgeordneten dies als Bericht zuzuleiten.

Kapitel 02 110 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union

Wolfram Kuschke (SPD) geht davon aus, dass das Parlament dann, wenn sie vorliege, über die **Schlussrechnung** informiert werde - s. S. 11 u. 12 der Vorlage 14/2088 - und bittet, über die Erfahrungen mit der **Akquise** - s. S. 12 u. 13 der Vorlage 14/2088 - näher zu berichten.

Der **Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid**, sagt zu, Daten zur **Akquise** schriftlich zu übermitteln und die **Abrechnung** zu gegebener Zeit vorzulegen; vermutlich bleibe man unter dem veranschlagten Ansatz.

Vorsitzender Werner Jostmeier berichtet von einer seines Erachtens hervorragenden **Veranstaltung** in der Landesvertretung mit über 50 Teilnehmern, darunter hochkarätigen Fachleuten u. a. der Deutschen Telekom und von NetCologne, zur DSL-Versorgung nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch zu den Zugangsnetzen der nächsten Generation - **Next Generation Access Networks**.

Der Leiter der Landesvertretung habe bei dieser Gelegenheit auf eine Vervierfachung der Zahl der Veranstaltungsteilnehmer allgemein hingewiesen. Der neue Standort entpuppe sich also als Gold wert. Aus seiner, Jostmeiers, Sicht gereiche das, was dort angeboten werde und wie es angeboten werde, dem Land zur Ehre.

Kapitel 02 200 - Medien und Telekommunikation

Wolfram Kuschke (SPD) erkundigt sich, ob die von Minister Krautscheid im Zusammenhang mit den **Wettbewerbsverfahren IKT.NRW** und **Medien.NRW** - s. S. 13 - 15 der Vorlage 14/2088 - angekündigten Konsequenzen betreffend die Besetzung der Jurys gezogen worden seien.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) wüsste gerne, was sich hinter dem neu ausgebrachten Ansatz von immerhin 1 Million € in **Tit. 683 00 - Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen** - verberge.

Bei dem neuen Ansatz handele es sich um die **Kofinanzierung** für die Wettbewerbe, erläutert der **Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid**. Werde diese durch das Land nicht erbracht, dürften auch die EFRE-Mittel nicht in Anspruch genommen werden.

Zwei ursprünglich für die **Jury** vorgesehene Mitglieder hätten auf seine Frage hin, ob sie lieber Anträge stellen oder Jurymitglied sein wollten, ihr Mandat niedergelegt, teilt der Minister ferner mit. Die Namen der jetzigen Jurymitglieder fänden sich auf S. 14 der Vorlage.

Personalhaushalt

Zu der Frage nach Outsourcing - s. S. 17 der Vorlage 14/2088 - ergänzt der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke**, es gehe in den Diensten **Botenmeisterei** sowie **Pforte/Empfang** um jeweils zwei Mitarbeiter/innen, wobei aus der Botenmeisterei ein Bediensteter in den Altersruhestand eintrete, der andere in die Bibliothek wechsele und sich damit verbessere, im Pfortendienst eine befristete Stelle nicht wiederbesetzt werde und für den zweiten Mitarbeiter die Freistellungsphase der Altersteilzeit beginne.

Die dritte Stelle in der Botenmeisterei bleibe erhalten. Sie solle mit einem Mitarbeiter aus dem Haus besetzt werden und zur Koordinierung und Qualitätssicherung der extern anzukaufenden Leistungen dienen.

Wie schon beim letzten Mal erkläre er ausdrücklich, dass hier kein Outsourcen von Personen, sondern von Aufgaben in Rede stehe.

Ebenso wiederhole er den Hinweis, dass die **Druckerei** nicht in die Kategorie Outsourcing eingeordnet werden könne, denn hier entfielen nicht nur die Stellen, sondern als Ergebnis einer Organisationsuntersuchung aus dem Jahre 2000, verstärkt durch den Wegfall des Hauptaufgabenfeldes der Druckerei durch Umstellung der Presseschau auf elektronische Form, auch die Aufgaben.

Angesichts der besonderen Rolle des Stadttorees scheint es **Wolfram Kuschke (SPD)** auch aufgrund eigener Erfahrungen doch wichtig, unter Sicherheitsaspekten ebenso wie unter Aspekten der Repräsentation auf ein Outsourcing der Aufgabe **Pforte/Empfang** zu verzichten.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) bittet um detaillierte Erklärungen zu der Zahl von 41 aufgrund der **1,5%igen Stelleneinsparvorgabe** mit **kw-Vermerken** versehenen Stellen - s. S. 18 der Vorlage 14/2088.

Nicht deutlich werde aus der Tabelle auf S. 17 der Vorlage 14/2088, ob die Aufstockung des Kulturetats die Mittel für die als „**durch Umressortierung Bereich Kultur**“ bezeichneten Stellen einschlieÙe.

Markus Töns (SPD) wendet sich der Thematik „**Umwandlung von befristeten in unbefristete Stellen**“ zu und erwartet Auskunft, wie in dieser Hinsicht in der Staatskanzlei verfahren werde. Der Finanzminister habe in der Fragestunde im Plenum nicht beantworten können, ob befristete Stellen, von denen man hier spreche, im Laufe der Zeit in unbefristete umgewandelt worden seien.

Der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke**, verweist auf eine vor der Zeit der jetzigen Landesregierung auf der Basis eines Feldversuchs getroffene Entscheidung für eine - inzwischen bewährte - externe Aufgabenwahrnehmung im Bereich **Pforte/Empfang**. Auf der Grundlage des insofern existierenden Rahmenvertrages werde man die zusätzliche externe Leistung einkaufen, da es keine Anzeichen gebe, dass die Aufgabenerfüllung in der dann erweiterten Form nicht mehr funktionieren würde.

Die **1,5%ige Stelleneinsparung** resultiere aus den Konsolidierungsvorschlägen der vom Ministerpräsidenten eingesetzten Hartmann-Kommission. Spezifizieren lasse sich diese über alle Laufbahnen hinweg zugesagte Kürzung nicht.

Die „**durch Umressortierung Bereich Kultur**“ zu den mit Stand 1. Nachtrag 2005 in der Staatskanzlei angesiedelt gewesenen 341 Stellen hinzugekommenen 35 Stellenständen außerhalb der Mittelaufstockung für den Bereich Kultur.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) fasst zusammen: Die vorher in anderen Häusern vorhanden gewesenen Stellen für den Bereich Kultur habe man also in die Staatskanzlei integriert. Und die Mittelaufstockung im Kulturretat habe nicht zu zusätzlichen Stellen geführt. - Dies bestätigt der **Chef der Staatskanzlei, StS Karsten Beneke**.

LMR Michel (StK) erläutert, eingehend auf die Frage von Markus Töns, zu Beginn des zweiten Nachtrags, als der Staatskanzlei aus Anlass der Regierungsneubildung 27 Stellen zugewiesen worden seien, habe diese in der Tat nach relativ kurzer Zeit vier Angestellte auf **befristeten Stellen** geführt. Von diesen vieren seien zwei inzwischen **unbefristet** beschäftigt.

Einzelplan 15, Kapitel 15 081 - Landeszentrale für Politische Bildung

Vorlage 14/2056

Wolfram Kuschke (SPD) macht erstens auf den im Jahre 2009 angesichts der **Wahl zum Europaparlament**, der **Kommunalwahlen** und der **Bundestagswahl** besonders hohen Bedarf an Information und Öffentlichkeitsarbeit aufmerksam. Von daher stelle sich die Frage, ob der **überrollte Ansatz** ausreiche, sowohl diese besonderen Herausforderungen zu bewältigen als auch das laufende Geschäft weiter voranzutreiben.

Zweitens. Sehr froh sei man wohl allerorten über den Verlauf des vergangenen Wochenendes in Köln, insbesondere darüber, wie dort Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Teilnehmern des von Pro Köln und Pro NRW initiierten **Anti-Islamisierungskongresses** Flagge gezeigt hätten. Nichtsdestotrotz hätten alle erkannt, welch eine Fülle von Maßnahmen auf dem Feld der Prävention, der Information und vielen anderen auf den Weg gebracht werden müsse, und zwar auch durch die Landeszentrale. Von daher begrüße die SPD-Fraktion die Schwerpunktsetzung auf das Thema **Rechtsextremismus**, behalte sich aber eine Überprüfung vor, ob die dafür vorgesehenen Mittel genügen.

Drittens. Einen dringenden Finanzierungsbedarf in nicht unbeträchtlicher Höhe habe der **Arbeitskreis NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen** angemeldet. In der Tat seien ihm die Zuweisungen, und das auch schon vor 2005, gekürzt worden. Die SPD-Fraktion werde mit dem Arbeitskreis Kontakt aufnehmen, um in Erfahrung zu bringen, wie dessen Struktur aussehe, welche Vernetzungen es gebe, welche Schwerpunktbildung verfolgt werde etc. und könne nicht ausschließen, dass sie diesbezüglich einen Antrag einreichen werde, denn das Wirken des Arbeitskreises halte sie für sehr unterstützungswürdig. - **Vorsitzender Werner Jostmeier** unterstreicht diese Einschätzung.

Carina Gödecke (SPD) merkt an, der Landeszentrale obliege neben der von Wolfram Kuschke beschriebenen Tätigkeit auch die Aufgabe, im Rahmen der politischen Erwachsenenbildung **Projektmittel** an die auf dem Gebiet der politischen Bildung tätigen **Stiftungen** und **freien Träger** zu vergeben. In der Vergangenheit hätten sowohl die diesbezüglichen Weiterbildungsmittel als auch die Mittel der Landeszentrale Reduzierungen erfahren mit in der Folge nicht unerheblichen Schwierigkeiten auf dem Sektor politische Bildung.

In Vorlage 14/2056 werde ausdrücklich auf die **Ausweitung des Qualitätsmanagements** durch die Landeszentrale bei der Förderung der Einrichtungen und die - auch im Ausschuss schon eingeforderte - **Definition von Kernfeldern** der politischen Bildung hingewiesen. Vermutlich sei dies auch geschehen, um die verringerten Mittel optimal einsetzen und mit ihnen optimale Erfolge erzielen zu können. - Um welche Kernfelder handele es sich dabei und wie könne mithilfe dieser Kernfelder das Qualitätsmanagement ständig weiterentwickelt werden?

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) unterstützt die Ausführungen Wolfram Kuschkes in Sachen **Arbeitskreis NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen**.

Der Einzelplan 15 weise als eine Besonderheit die **Maßnahmen** der Landesregierung aus, die **Frauen** zugute kämen, doch habe sie nicht erkennen können, ob dies auch Maßnahmen der Weiterbildung einschließe bzw. inwieweit entsprechende Maßnahmen im Bereich der Weiterbildung überhaupt existierten. Sie interessiere sich dafür vor dem Hintergrund der Erfahrung auch mit Besuchergruppen, bei denen erkennbar werde, dass sich die Frauen und Mädchen bei politischen Diskussionen meistens „vornehm zurückhielten“. Von daher lohne es bestimmt, auf dem Feld der politischen Bildung in diese Richtung zu sensibilisieren und dem geschilderten Verhalten mit passenden Ansätzen entgegenzuwirken.

LMR'in Springenberg-Eich (Landeszentrale für politische Bildung) bringt ihre Freude über das Überrollen des **Haushalts** der Landeszentrale zum Ausdruck, wengleich die Einrichtung natürlich vor Herausforderungen stehe, die sich mit einem erhöhten Budget noch intensiver bearbeiten ließen. Dies gelte sowohl für das Wahljahr 2009, aber auch für die Arbeit gegen Rechtsradikalität, Rechtsextremismus und Fundamentalismus und nicht zuletzt mit Blick auf das ambivalente Verhältnis vieler Bürger zur **Demokratie**. Die Bürger schätzten demokratische Freiheiten, erachte-

ten sie jedoch als selbstverständlich. Den Menschen, gerade den jungen, fehle das Bewusstsein, dass Demokratie kein unverlierbarer Besitz sei, dass es eines zivilgesellschaftlichen und politischen Engagements bedürfe, um Demokratie zu schützen.

Eine große Säule der Arbeit der Landeszentrale bilde deshalb die Förderung der **Demokratiekompetenz**, indem die Mitarbeiter die Schulen besuchten. Denn Demokratiekompetenz bedeute auf der einen Seite das Wissen um Demokratie und deren Funktionieren, zu vermitteln über Staatsbürgerkunde, auf der anderen aber viel mehr noch, ein Herz für Demokratie und damit eine Haltung zu entwickeln, die dann auch ein couragiertes Eintreten gegen Extremismus fördere.

Diesem Anliegen widme sich die Landeszentrale in vielen kleinen Projekten im Zusammenwirken mit den Regierungspräsidien, mit den Lehrern und Lehrerinnen. Zurzeit arbeite man an einem neuen Projekt unter dem Titel „Courage zeigen! - Gegen Gewalt, Rassismus und Antisemitismus“.

Das Angebot der Landeszentrale stoße bei den Lehrern und Lehrerinnen auf großen Widerhall, was sie, Springenberg-Eich, einerseits freue. Gleichzeitig dokumentiere sich darin, welch Zustände an den Schulen herrschten und wie sehr die Landeszentrale mit ihrer Unterstützung ab der 8. Klasse gefragt sei. - Mehr Geld würde hier helfen, noch mehr zu tun.

Angesichts des **Wahljahres 2009** richte die Landeszentrale eine Reihe von Veranstaltungen mit Schülerinnen und Schülern, aber auch im Rahmen der außerschulischen Bildungsarbeit aus. Für die Kommunalwahl und die Europawahl biete sie Podcasts zum Grundgesetz an und erkläre Schülerinnen und Schülern so beispielsweise die Grund- und Menschenrechte, die Gleichstellung von Frau und Mann etc., und zwar mit bei den Jugendlichen gut ankommenden kurzweiligen Geschichten. Außerdem halte sie Bücher bereit und veranstalte u. a. ein Quiz im Vorfeld der Europa- und Kommunalwahlen in K 21.

Und selbstverständlich finde, und zwar in Düsseldorf, eine Veranstaltung zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes statt. Im nächsten und übernächsten Jahr habe die Landeszentrale dann neben vielen anderen auch das Thema „20 Jahre gemeinsames Grundgesetz“ im Programm.

Mit all diesen Angeboten hoffe sie, möglichst viele Menschen zur Teilnahme an den Wahlen zu bewegen.

Zu den Stichworten **Qualitätsmanagement** und **Definition von Kernfeldern**: In 2007, vorbereitet in 2006, habe man mit einem Berichtswesen begonnen. Man habe dazu gemeinsam mit den Weiterbildungseinrichtungen der politischen Bildung Kernfelder der politischen Bildung definiert. In der politischen Bildung insgesamt verzeichne man für 2007 rd. 8.500 Veranstaltungen mit ca. 220.000 Teilnehmer/innen, darunter 49 % weibliche und 33 % junge Menschen.

Die Förderung der Stiftungen habe in den Jahren von 1999 bis 2009 um 27 % abgenommen, die der Einrichtungen der politischen Weiterbildung um rd. 34 %.

Wolfram Kuschke (SPD) wäre daran gelegen, stellte Frau Springenberg-Eich die **Arbeit der Landeszentrale** in einer der nächsten Sitzungen in einem **gesonderten Tagesordnungspunkt** einmal vor.

Dem schließt sich **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** an und fragt, ob es Angebote speziell zur **Schulung** von angehenden **Kommunalpolitikerinnen** gebe, denn Mädchen und Frauen bräuchten einfach eine andere Ansprache als Jungen und Männer. Wie positiv sich so etwas auswirke, zeige der Erfolg der Mentorinnenprogramme.

LMR'in Springenberg-Eich (Landeszentrale für politische Bildung) bezeichnet diese Idee als sehr gut und will diesbezüglich einen Vorschlag unterbreiten.

Vorsitzender Werner Jostmeier greift die Anregung, sich mit der Landeszentrale und ihrer Tätigkeit im Ausschuss gesondert zu befassen, auf; das Nähere sollten die Obleute vereinbaren.

